



Auszug aus der Niederschrift

Gremium: Rat
Sitzungstermin: 14.05.2020

öffentlich

22.1 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Einrichtung von 50 zusätzlichen Plätzen für Geflüchtete A0036/20

RF Tebbe geht auf die humanitäre Katastrophe auf den griechischen Inseln sowie auf Stellungnahmen bzw. Bitten aus der Stadt Paderborn, wie der der Caritas und einer Einrichtung, die bereit sei, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge mit einer Vorlaufzeit von 2 Wochen aufzunehmen. Der Rat solle beschließen, dass die Stadt 50 zusätzliche Plätze für die Aufnahme von Flüchtlingen anbiete. Es sei nicht ausreichend, von Seiten des Bürgermeisters einen Brief an die Bundeskanzlerin zu schreiben und eine europäische Lösung zur Bekämpfung der Fluchtursachen zu fordern. Es gehe darum, wie andere Kommunen, ein Zeichen zu setzen.

Hierzu merkt Bgm. Dreier an, dass der genannte Brief auf Wunsch der Verbände, Institutionen und Kirchen an die Bundeskanzlerin gerichtet und gemeinsam unterzeichnet worden sei. Er betont, dass die Stadt jeden zugewiesenen Flüchtling aufgrund des Königsteiner Schlüssels aufnehmen werde. Um diese Aufgaben zu bewältigen, engagiere sich das Ehrenamt in der Stadt in erheblichem Maße. Das Signal, das mit dem Antrag gegeben werden solle, könne so nicht umgesetzt werden. Aus diesem Grunde empfehle er, den Antrag abzulehnen.

Bgm. Dreier sieht kein Problem darin, den Antrag der SPD-Fraktion (Tagesordnungspunkt 22.2) gemeinsam mit dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu beraten.

RF Dr. Röttger-Liepmann legt dar, dass beide Anträge zu einem Zeitpunkt gestellt worden seien, als die Corona-Krise noch nicht akut gewesen sei. Gerade wegen Corona sei es umso dringlicher, den Flüchtlingen in Griechenland zu helfen. Die Hilfen der EU könnten als lächerlich bezeichnet werden. Im Sinne der christlichen Nächstenliebe appelliert sie, dem Antrag zuzustimmen.

Auch RH Senn sieht akuten Handlungsbedarf in den griechischen Flüchtlingslagern. Er stellt fest, dass im Antrag der SPD-Fraktion bereits ausgeführt werde, dass der Antrag nur symbolische Kraft haben könne. Das bedeute, dass eine substanzielle Hilfe durch die Stadt Paderborn nicht möglich sei. Vor diesem Hintergrund werde die FDP-Fraktion beiden Anträgen nicht zustimmen.

RH Knaup geht auf den Weg ein, den die Migranten genommen hätten und der sie auf die griechischen Inseln geführt habe. Es handele sich nicht um Schiffbrüchige oder Flüchtlinge, sondern um einwanderungswillige Ausländer, die Schleuserboote bestiegen hätten, um nach Europa gebracht zu werden. Mit der Schleusung würden erhebliche Einnahmen der organisierten Kriminalität erzielt. Die Zustimmung zu einem solchen Antrag wäre eine ideale Werbung für künftige Aktivitäten der Schleuser und ein bedeutender Pull-Faktor für illegale Migration. Aus diesem Grunde lehne er eine Zustimmung zu beiden Anträgen ab.

RH Quasten stellt fest, dass auch die CDU-Fraktion beide Anträge ablehnen werde. Diese Symbolanträge würden keinem Flüchtling in seiner Notsituation weiterhelfen. Das Thema sei zu ernst, um auf einer Ebene von Symbolanträgen behandelt zu werden. Die Anträge hätten sich durch die von Bundesregierung erklärte Bereitschaft zur Aufnahme zusätzlicher Flüchtlinge zumindest in Teilen erledigt. Nach seiner Auffassung könnten wirksamere Hilfen für die Menschen vor Ort erfolgen. Der politische Diskurs über dieses Thema müsse von den zuständigen Gremien auf der Bundesebene geführt werden. Die Ratsarbeit dürfe nicht für die beschriebenen Ziele, die außerhalb der kommunalen Ebene lägen, instrumentalisiert und missbraucht werden. Auch dürfe nicht der Eindruck erweckt werden, dass bei einer Zustimmung zu den Anträgen weitere Flüchtlinge nach Paderborn kommen könnten, während dies bei einer Ablehnung nicht der Fall sei. Während der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine Irreführung der Öffentlichkeit darstelle, sei zumindest im Antrag der SPD-Fraktion der Hinweis auf die Symbolik gegeben. Er macht deutlich, dass es die Aufgabe der Stadt sei, sich um die nach dem Königsteiner Schlüssel zugewiesenen Asylbewerber und Flüchtlinge zu kümmern und sie bestmöglich in die Stadtgesellschaft zu integrieren. Dies sei in den vergangenen Jahren durch die gute Zusammenarbeit von Verwaltung, Politik und vielen Ehrenamtlichen gelungen. An die Antragsteller adressiert bittet er darum, dass sich auch diese für die Aufgaben in der Stadt einbringen sollten.

RH Borgmeier geht nicht davon aus, dass sich Menschen freiwillig auf den Weg zu den griechischen Inseln und den Flüchtlingslagern begeben hätten. Es sei bedauerlich, dass die EU nicht in der Lage sei, einige tausend Flüchtlinge aus den griechischen Lagern herauszuholen. Eine entsprechende Beschlussfassung vieler weiterer Kommunen würde für diese Initiative ein noch stärkeres Signal an die zuständigen politischen Ebenen bedeuten. Es gehe darum, mit Engagement über die gesetzliche Verpflichtung hinaus etwas zu tun. Die Linksfraktion/Offene Liste werde beide Anträge unterstützen.

RF Tebbe legt dar, dass bislang 170 Kommunen entsprechende Beschlüsse gefasst und Zeichen gesetzt hätten. Viele weitere sollten diesen Beispielen folgen, um auf die Bundesebene einzuwirken, u. a. auch darauf hinzuwirken, dass Artikel 17 der Dublin-III-Verordnung verstärkt zur Anwendung komme.

RF Dr. Röttger-Liepmann sieht die Notwendigkeit eines politischen Diskurses auch auf kommunaler Ebene.

RH Dr. Schröder stellt fest, dass der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine konkrete Zusage beinhalte und die konkrete Möglichkeit aufgezeichnet werde, dass die Flüchtlinge aufgenommen werden könnten. Es sei wichtig, die Debatte auf allen politischen Ebenen zu führen.

Nach Auffassung von RH Knaup hielten sich die Menschen auf den griechischen Inseln freiwillig auf. Er betont noch einmal, dass es sich nicht um Flüchtlinge, sondern Migranten handle.

Bgm. Dreier lässt nunmehr zunächst über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abstimmen.

Der Rat beschließt mehrheitlich bei 8 Gegenstimmen:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

„1. Die Stadt Paderborn bietet 50 zusätzliche Aufnahmeplätze für Flüchtlinge, insbesondere auch für Familien und eine festzulegende Zahl unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge, an. Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechende Schritte einzu-

leiten.

2. Die Bundesregierung wird aufgefordert, von Artikel 17 Dublin-III-VO verstärkt Gebrauch zu machen und die von der Stadt Paderborn und anderen bundesdeutschen Städten und Kreisen angebotenen Aufnahmeplätze in Anspruch zu nehmen.
3. Die Stadt Paderborn erklärt sich bereit, diese Geflüchteten nach Abschluss des Asylverfahrens in Höhe des erklärten Kontingents ohne Anrechnung auf die Aufnahmequote aufzunehmen.“

wird abgelehnt.

Bgm. Dreier lässt nunmehr über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen.

Der Rat beschließt mehrheitlich bei 8 Gegenstimmen:

Der Antrag der SPD-Fraktion

„Der Rat der Stadt Paderborn erklärt die Stadt Paderborn zum „Sicheren Hafen“ und bietet die zusätzliche Aufnahme von in Griechenland gestrandeten Geflüchteten an. Der Bürgermeister wird beauftragt, sich mit einem entsprechenden Schreiben an die Bundesregierung zu wenden und die Bereitschaft der Stadt zur Aufnahme der Geflüchteten zu bekunden.“

wird abgelehnt.

gez.

Michael Dreier
Bürgermeister

gez.

Ulrich Brockmeier
Schriftführer